

theater
al. 74
Mater.
Madel.
S. 11
theater
de S.
mehrste
ariet6
ogramm
anzwang
12
al
und
kust
lel.
hr
Geme
ständer
V. 335 3

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
7 Pfennig 7,50 Mark, vierteljährlich
22 2/3 Mk., auch die Post 22,50 Mk.,
einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Rich-
sorptionellen angenommen. Im
amtlich, Zeitungserzeichnis unter
e. e. e. Zeitung eingetragen. Für
unverändert eingegangene Annon-
schriften wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Sozial-Zeitung“ ge-
statet. Ferner: der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133,
Nr. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 3 gelben Seiten 34 mm breite Millimeter-
zeile 100 Zeichen 40 Pf., Restlinien
100 Zeichen 40 Pf., Restlinien
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
untere Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
9 1/2. Erhalten täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 15. Dr. Braunsauer, 17.
Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Marktstr. 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 531.

Halle, Freitag, den 12. November 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Noch keine endgültige Klärung in Berlin.

Die Litauer wehren sich — Frankreich verschiebt die Saarfrage — Aoste verteidigt seine Haltung als Wehrminister.

Berliner Wahnsinn.

Infolge der eigenartigen Schlichtung der Arbeiterschaft
ist Berlin von jeher ein besonderer Boden für alle mög-
lichen Konflikt-Experimente gewesen. Und der großmü-
tige Schreiber, der mit dem Brüllen der Ueberzeugung den
Anschluß an die politische Aktion verweigert, findet dort seine
Gemeinde, die er zu Unrecht mit seinen misrauerigen Ver-
weil die Luft am Krampf nicht größer ist als die Luft an
der Arbeit und weil sich in der Reichshauptstadt das
Geld, ganz gleich ob es aus der Zeit oder aus der
persönlichen Wirtschaft der Einzelnen geboren wird,
mehr häuft, als in anderen Gegenden.

Dass die in den Tagen der Erinnerungsfeier der ruf-
fischen Revolution vom Jaune geschickte Lobpreisung der
Streikführer von Haus aus einen politischen Hinter-
grund hat, war wohl jedem Einsichtigen klar. Der
Lobpreis war nur eine demagogische Falle, um den Kom-
munisten die Handhabe zur Lahmlegung der von der Strei-
kführerschaft abhängigen Betriebe und damit das
Hinausstreichen der Arbeiterschaft auf die Straße zu erwin-
nen. Die Rechnung der kommunistischen Mächte hat aber
auch ein Loch gehabt. Sie hat in die Wollen nicht hinter
sich, sondern nicht nur die Arbeiterklasse in sich, auch die be-
stimmten Mitglieder der Arbeiterklasse, die von den wilden
Streikern ab und werden für einen Generalstreik im An-
schluß an diese politische Aktion nicht zu haben. Auch die
Verordnung des Reichspräsidenten gegen den Streikterror
war eine deutliche Abhilfe an die Kapitalisten und gab den
Anstoß, daß die ungesetzlichen Streikterroren nicht nur
Sonderverwaltung sich zu einer ernstlichen Haltung auf-
schwang. Trotzdem hat die Lage nach dem Streik am
bedrohlich aus. Und wie es zur Stunde liegt, ist ebenfalls
noch nicht zu übersehen. Das Ultimatum, das der
Berliner Magistrat gestern hat, ist bis Donnerstag mittag
um 1 Uhr. Nach dem Ultimatum des Berl. Lok.-Ver-
bandes, der mehrheitlich linke Mitglieder des Innern, An-
setzung. Ich betone, daß der Reichstag des Innern, der
alle Streikenden, die innerhalb der genannten Frist die
Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, als striktlos lassen
erklärt, rechtlich nicht ergehen ist. Der Minister meint, der
Reichstag hätte vorläufig die Reichsregierung wie die
preussische Regierung der unangenehmen Aufgabe, in die
Schwierigkeit der Städte, in diesem Falle
Berlins, durch die Verortung des Reichspräsidenten ein-
zugreifen. Es sei ja nicht mündelsenswert, wenn solcher
Eingriff in die Substanz eines Gemeinwesens
mäßig werde. Nur schweren Herzens haben sich die Reichsregie-
rung und preussische Regierung zu dieser Maßnahme ent-
schlossen. Man muß aber dem immer unenträglich
werden, wenn man ein Terror einer geringen An-
zahl von gewisslosen Hehler, die ein-
treten und ihnen endlich in der verwerflichen
Handwerk legen. Weiter teilte der Minister mit, daß
in allen Betrieben von seinen der Vertrauens-
leute neue Betriebsvereinbarungen einberufen seien. Der
Minister ist der Ansicht, daß ein großer Teil der zur Abstim-
mung herangezogenen Personen sich für die Wiederführung des
Streifens erklären wird. Er ist aber der Meinung, daß die
Zahl nicht die von den Gewerkschaften geforderte Zwei-
drittelmajorität erreichen wird. Es müßte dann
schwierigstenfalls der Streik abgebrochen und die Arbeit
wieder aufgenommen werden. Dann erwiderten sich ja alle
anderen Maßnahmen. Sollte aber wider Erwarten noch
die Zweidrittelmajorität sich für die Wiederführung des Streifens
ausprechen, was, wie der Minister nochmals betonte, un-
wahrscheinlich sei, ja würde die von der Reichs-
regierung im Verein mit der preussischen
Staatsregierung vorbereitete Aktion un-
verzüglich ins Werk treten. Zu diesem Zweck
würde sofort ein Reichskommissar ernannt
werden, und zwar sei der Reichsminister Koch in
Aussicht genommen, der mit der Ausführung der von dem
Reichspräsidenten erteilten Verordnung beauftragt werden
würde. Diese werde dann mit aller Strenge re-
solvend durchzuführen. Man würde der Polizeipre-
sidenten Richter Berlin zur Seite geben, da
dieser die ausreichende lokale Kenntnis habe.

Man sieht daraus, daß alle zuständigen Behörden
endlich zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß dem Wahnsinn
einer kleinen Menge von Abenteurern unter allen Umständen
ein Riegel vorgehalten werden muß. Es ist nicht aus-
geschlossen, ja vielleicht sogar wahrscheinlich, daß es infolge
des ernstlichen Zugreifens zu Zusammenstößen mit den
Kommunisten kommen wird, die nach ihren Moskauer Rich-
tungen mit allen Mitteln um die Durchsetzung ihrer ver-
rückten Ideen kämpfen werden. Für Verunsicherung sind diese
Denke ja unzulänglich und so wird sich die Anwendung von
Gewalt kaum umgehen lassen. Was wäre zwar menslich
bedauerlich, aber das es notwendig ließe einen anderen
Weg kaum zu. Es würde im Lande nicht verstanden werden, wenn
die für das Allgemeinwohl verantwortlichen Stellen auch
nur einen Augenblick zögern würden, wenn es darauf an-
käme, die Terrorregime einer fanatisierten Minderheit im
Interesse des Volksganzen zu brechen. Nachgiebigkeit könnte

in diesem Falle die verhängnisvollen Folgen auch in anderen
Gegenden nach sich ziehen. Wenn ja, so mögen jetzt die
Verantwortlichen darauf sehen, daß die Sache der Volks-
gemäßheit keinen Schaden leidet.

Die Streiklage in Berlin.

Die „Vossische Zeitung“ meldet: Der Berliner Strei-
kführer sieht sich nach dem Ende der Abstimmungen, die
unter dem Druck des Magistratsultimats heute nachmit-
tag vorgenommen wurden, vor der Entscheidung zu stehen.
Zwar lag bei Schluß des Votums das Ergebnis der Abstim-
mung der Streikführer noch nicht vollständig vor;
höher sind 600 Stimmen für den Streik und 500 gegen den
Streik abgegeben worden. Das Abstimmungsergebnis des
Berliner Doppelstreik steht noch aus. Wie wir von der Strei-
kführerschaft erfahren, ist jedoch nahezu sicher damit zu rechnen,
daß sich die für die Fortsetzung des Streifens erforderliche
Zweidrittelmehrheit nicht ergeben wird.

Dazu meldet der „Berl. Lokal-Anzeiger“: Auch heute
mittag wurde wieder der Versuch gemacht, durch gewalt-
tätiges Einbringen in den Streik die Arbeiter-
schaft zum Generalstreik zu zwingen. Gegen 12 1/2 Uhr drang ein
Trupp von mehreren hundert Arbeiterleuten in die Fabri-
ken ein und forderte die Arbeiter auf, sich sofort darüber schlüssig zu werden,
ob sie an dem Generalstreik teilnehmen wollten. Eine Abstim-
mung der Fabrikarbeiter räumte die Fabrikhäuser von den Ein-
dringlingen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.
Die Arbeiterleuten sammelten sich gegen Mittag erneut vor
dem Fabrikgebäude und versuchten in die Höfe einzudringen.
Das „Berliner Tageblatt“ erzählt, daß nach offizieller
Angabe die Arbeiter unter den streikenden
Beitrag der Fabrikarbeiter: keine Zwei-
drittelmehrheit für den Streik ergeben hat. Die
Arbeit soll daher um 4 Uhr wieder aufgenommen werden.
Das Eingreifen der Technischen Hochschule ist bis 4 Uhr
ausgesetzt worden.

Die neue Streikwelle.

Der Oberbürgermeister Rudzinski hat auch an
Barmen übergriffen. In Barmen können die beiden
Streikungen, der „Generalstreik“ und die „Berliner-
Zeitung“ nicht erlösen. Der Streik wird sich wahrscheinlich auf
das ganze Gebiet der Land ausbreiten. — Die Streikführer im
Oberelber Bezirk betonen das gegen die Streikführer der
Gruppen Oberelb, Dortmund und Essen gefällte Schiedsrichters-
urteil als ungenügend. Es soll daher eine neue Abstimmung
angewandt werden, und es gilt als sicher, daß sich eine über-
wiegende Mehrheit für den Streik erheben wird.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Nach einer Tages-Nachricht dauern die Besprechungen
zwischen der französischen und englischen Regierung über das
Vorgehen bei der Bestimmung der deutschen Wiedergut-
machungspläne und deren Zahlungsweise fort. Im Zu-
sammenhang mit der Ueberreichung der englischen Antwort
auf die letzte französische Note stante der englische Bot-
schafter Lord Derby dem Sekretär des Ministers Verheul
einen Besuch ab. Wie verlautet, ist ein vollständiges Ein-
vernehmen erzielt worden, nur noch die endgültige Abfal-
lung der Note sei zu vereinbaren, in der die vorgeschlagenen
vier Klassen der Verhandlungen festgelegt werden.

Frankreich rügt.

Wie die „Dena“ zuverlässig erzählt, hat der französische Bot-
schafter den Minister des Auswärtigen, Dr. Simon, in freund-
schaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von
Zusatzartikeln aus den Nachbarländern eine Umgehung der
Artikel 264 und 265 des Friedensvertrages darstellt. Weiter hat
der Botschafter darauf hingewiesen, daß man in Erfahrung ge-
bracht habe, 25 000 Pfund Silber seien jählicherweise als fran-
zösische Marke eingeführt worden, was ebenfalls gegen Artikel
274 des Versailles-Vertrages verstößt. Nach Informationen der
„Dena“ ist dieser Schritt des Botschafters nicht als offizielle Be-
schwerde, sondern als Rüge von ihm beabsichtigten Vorkom-
nisse anzusehen.
Die Einfuhr von Zusatzartikeln und Schnäpzen für die Kriegs-
genossen ist nicht allein auch ein Verstoß gegen Artikel 274, Min-
ister Herms hat diese Einfuhr auf das Land im Westen zurück-
geführt und die Regierung erklärt, daß die Entente nicht eine ge-
nügende Zahl bewaffneter Polizeibeamter geteilt, um den sonstigen
Schmuggel zu hindern. Frankreich wird diese Tatsachen wohl nicht
übersehen können.

Helgoland.

Im englischen Oberhaus erklärte Lord Crawford im
Namen der Regierung die Zustimmung einer Anfrage, daß das
deutlich-englische Helgoland über Helgoland von 1899
durch den Krieg unauffällig gemeldet sei. Es behalte nicht die
Wichtigkeit, es zu erneuern, womit nicht gesagt sei, daß die
deutsche Oberhoheit über die Insel aufhöre.

Der Freistaat Danzig.

Wie der Berliner Lokal-Anzeiger meldet, ist der
Deutsch-Danziger Lektionsrat von dem ihm übertrungenen
Oberkommissar in Danzig ratifiziert worden. Nach der
„Vossischen Zeitung“ führte der Generalkommissar der pol-
nischen Republik in Danzig, Bilandet, über die Unterzeich-
nung der Danzig-polnischen Konvention, u. a. aus: „Die Ver-
zögerung der Unterzeichnung durch die polnische Delegation hat
den Zweck, Garantien für die Sicherheit der Rechte,
die Polen im Verfall der Verträge zuerkannt worden sind, zu
erlangen. Das können wir dadurch, daß Polen das Recht
erhält, bewaffnete Kräfte im Gebiet der freien Stadt Danzig
zu unterhalten.“

Die deutschen Holzlieferungen an die Entente.

Wie wir an unabhängiger Stelle erfahren, sind die Ende Oktober
in Paris begonnenen Verhandlungen über die deutschen Holz-
lieferungen auf Grund des Friedensvertrages auf kurze Zeit unter-
brochen worden, werden jedoch demnächst wieder aufgenommen
werden. Von deutscher Seite waren an den Verhandlungen Ber-
liner, russischer, amerikanischer, u. a. auch des Reichs-
minister der Finanzen, auch nach dem Friedensvertrag, die Eisenbahn-
und große industrielle Betriebe zur Teilnahme hinzugezogen. In
den bisherigen Pariser Verhandlungen wurden in verschiedenen
Punkten, besonders hinsichtlich der technischen Durchführung und
der Dimensionen vorläufige Vereinbarungen erzielt. In diesen
Verhandlungen sind die Angelegenheiten der Holz- und Kohle-
Lieferung nach dem jenseitigen Rand der 570 Kilometer, die
Eisenbahnstrecke, 200 000 Tonnen Holz, 200 000 Kubikmeter
Holz, 8700 Kubikmeter. Die Entente wünschte im allgemeinen
eine viermonatige Lieferung, doch heißt man deutscherseits, längere
Lieferungen bewilligt zu werden.

Aoste verteidigt sich.

In eine Verammlung der Mehrheitsparlamentarier in Aoste
(Savoie), in der Oberpräsident Aoste sprach, hat die U.S.S. in
Bremen den Wessalen Böde als Braugeister enthielt, der Aoste
über verschiedene seiner Handlungen als Reichswehminister zur
Aoste seien seine Auftritte, weshalb Aoste die von ihm
erhalten in Bremen jederzeit die Aoste weiterzugeben an Bremen
sogar in der Lage, wodurch 2 Arbeiter den Tod erlitten hätten,
antwortete Aoste: „Ich ist dies, weil in Bremen viele Unruhe
herrschte. Man hätte meiner Partei die Bürgerrechte und auch
die Parteien gestohlen. Man hätte den Schiffbau in
Bremen inbegriffen, da konnte ich nicht anders handeln. In ihrem
Tode sind die Aoste nicht schuldig, und die Aoste schuldig, die
die Arbeiter vernachlässigt haben, meinen Befehlen zu trotzen. Ich
habe die Staatsautorität schützen müssen, da hätte ich keine An-
sicht auf das Leben von Ausländern, politischen Parteien zu
nehmen. Genau so werde ich wieder handeln, wenn irgend welche
Verhältnisse angenommen würden, die jegliche Demokratie zu führen.
Ich werde in Zukunft mit noch härteren Mitteln vorgehen.“

Frankreich verschiebt die Saarfrage.

Die „Freisauer Zeitung“ meldet vom Bodenise, daß in der
Nachrichtens- und bemerkt dazu: Die Saarfragen können nicht
aus der Entscheidung, sondern in der Entscheidung nach Frank-
reich, gelangen inwieweit durch Handel in die Schweiz und in die
Hände einer internationalen Gesellschaft, die sie wieder nach
Deutschland bringt und verkauft. In Deutschland nennt man
etwas furs: Schieberer.

Verbindlichkeitsklärung von Schieds- präuden.

Aus dem preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe
wird geschrieben: Ueber die Aufgaben der Verbindlichkeitsklärung
in Bezug auf die Verbindlichkeitsklärung von Schieds-
präuden der Schiedsgerichtsbarkeit sind wiederholte Zweifel her-
vorgehoben, zu deren Behebung der Handelsminister die Verbind-
lichkeitsklärung (im allgemeinen die Registrierungspräuden)
erneuert angeordnet hat. Danach soll der Registrierungsminister
Schiedspräuden nur dann zur Verbindlichkeitsklärung von
Schiedspräuden als dem letzten Mittel erklären, wenn er
überzeugt wird, daß die im Schiedsgericht getroffene Entscheidung
unrichtig der Willkür entspricht, ein unzulässiges Eingreifen zur
Unterhaltung des Wirtschaftens unerlässlich ist und auch
den gewünschten Erfolg verspricht. In erster Linie kommen hier
bei Streitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben in Betracht.
Ein von dem Streit hinaus ist für sich allein kein ausreichender
Grund, um die Verbindlichkeitsklärung anzuordnen. In
welcher Weise die Verbindlichkeitsklärung von der Rich-
tigkeit der Schiedsentscheidung übersehen ist, ist in den schieds-
rechtlichen Bestimmungen über den Abschluß von Tarif-
verträgen ist die Entscheidung in der Regel nicht oder zu treffen.
In den Parteien Gelegenheit gegeben ist, in einer kontradiktorischen
Verhandlung zu dem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung
Stellung zu nehmen. Inwieweit in anderen Fällen eine persön-
liche Verhandlung mit den Parteien angesetzt ist, wird von der
Bestimmung des Einzelgesetzes abhängen. In allen zweifelhaften
Fällen sind beratende Verhandlungen zweckmäßig.

Die „Freiheit“ die „nicht mehr dazu zählt“.

Die „Freiheit“ das Organ der von den eigenen
Kommunisten verlassenen Unabhängigen, konnte wegen des

... mit feiner ...

gegenwärtigen trostlosen Lage einzelner Handwerkszweige dürfte ...

Provinzial-Nachrichten.

Esleben, 11. Nov. (Eine Abfrage an die hiesigen ...)

Burg, 10. Nov. (Kampf) mit einer Verbrechen ...)

Chemar, 10. Nov. (Raubmord.) Im benachbarten St. ...)

Landenburg, 10. Nov. (Aus der Haft entlassen) ...)

Glindorf, 10. Nov. (Ein bunter Steuerfraß.) ...)

Zeitz, 10. Nov. (Ein seltsames Ehejubiläum) ...)

Wernigerode, 10. Nov. (Bürgermeisterwahl.) ...)

Chemnitz, 10. Nov. (Weberfall auf einen Bankbeamten.) ...)

Dresden, 9. Nov. (Auf dem früheren Truppenübungsplatz ...)

Weimar, 10. Nov. (Verkauf der weimariſchen ...)

Weimar, 10. Nov. (Ernährungsbeihilfen für ...)

Kunst und Wissenschaft.

Beethoven-Opus im Weimarer Nationaltheater. ...)

und als Festvorstellung eine Aufführung des Fidelio. ...)

Der neue Generaldirektor der Berliner Museen. ...)

Hochschulnachrichten. ...)

Oberschlesiens Schicksalsstunde naht, zeichnet Grenzspende!

Vermischtes.

Wieder ein Einbruchversuch bei Hainburg? ...)

Die neueste Segesgöttin. In Paris ist es zu einem ...)

Diebstahl bei Prinz August Wilhelm. Ein rätselhafter ...)

Durch Brand vernichtet. Das Eisenhüttenwerk in ...)

Margarinebetrug. In letzter Zeit wurde mehrfach ...)

Die Vererbung des deutschen Volkes. Gelegenheit einer ...)

„Geschmacklos“ Diese. Aus einem Wagen auf einem ...)

Zur Grabberaubung in der Elisabethstraße zu ...)

Vom Diebstahl eines Millionenbundes. Der Kauf ...)

Ein heftiger Brandstehler findet sich in dem ...)

Ein „Kenne“. In der Gärtnerstraße in Hamburg, ...)

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Expedient der „Saale-Zeitung“.

Arbeitsaufnahme überall.

Berlin, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) ...)

WTS. Berlin, 11. November. (Drahtnachricht.) ...)

WTS. Berlin, 11. November. (Drahtnachricht.) ...)

Hardins Friedenspolitik.

Basel, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) ...)

Leygues gute Absichten.

Basel, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) ...)

Der beklagte türkische Staatschef.

Rom, 11. November. (Eigene Drahtnachricht.) ...)

